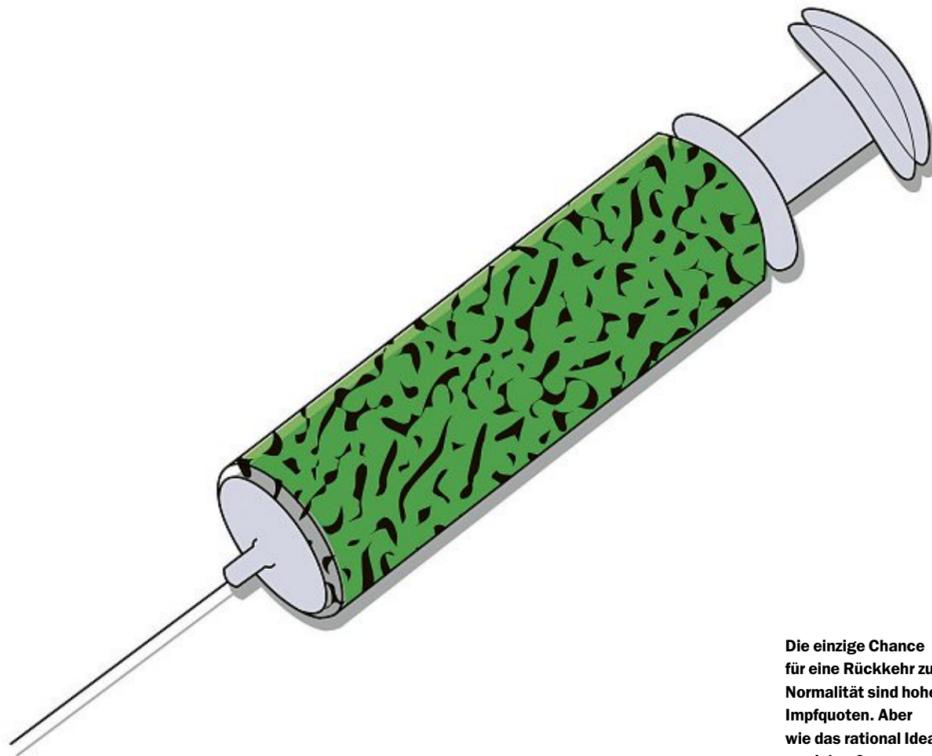


Impfkür statt Impfpflicht

Die Impfbereitschaft sinkt, der Herbst steht vor der Tür. Immer offener sprechen Politiker und Politikerinnen von Impfpflicht. Doch das ist eine Scheindebatte

MAXI BEIGANG



Die einzige Chance für eine Rückkehr zur Normalität sind hohe Impfquoten. Aber wie das rational Ideal erreichen?
ALIN BOSNOYAN

Flatten the curve“, den Ruf, die Kurve flach zu halten, hat man in eineinhalb Pandemie Jahren häufig gehört. Inzidenzzahlen mussten fallen, Hospitalisierungen auch, ein exponentielles Wachstum der Corona-Infiziertenzahlen, eine Überlastung des Gesundheitssystems sollten so verhindert werden. Nur eine Kurve durfte es seit Jahresbeginn nie: die Kurve des deutschen Impffortschritts. Doch ausgerechnet sie flacht jetzt ab. Zwar sind immer mehr Menschen geimpft, aber immer weniger lassen sich impfen. Am Sonnabend läuft die Covid-19-Impfkampagne genau 225 Tage in Deutschland. Nach über sieben Monaten eifrigen Pikens scheinen die Menschen in der Republik nicht nur pandemie- sondern zunehmend auch impfmüde zu werden.

Um Ungeimpfte aus dieser Lethargie zu erwecken, sprechen Politikerinnen und Politiker nun auch immer offener über eine mögliche Impfpflicht. Obwohl die Bundesregierung, allen voran Kanzlerin Angela Merkel und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn von der Union, diese bisher stets kategorisch ausschlossen. Ein zu großer Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger sei das, Aufklärungsmaßnahmen wie die #Ärmelhoch-Kampagne müssten ausreichen. Doch es handelt sich um eine Scheindebatte. Denn führende Experten und Expertinnen erklären, dass eine Pflicht aktuell und bei den erwartbaren Szenarien weder nötig noch ethisch vertretbar oder rechtlich durchsetzbar ist.

Am lautesten über eine mögliche Impfpflicht spricht momentan Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Ende Juli ließ der Grüne wissen, dass er zwar keine Impfpflicht plane, aber auch: „Für alle Zeiten kann ich eine Impfpflicht nicht ausschließen.“ Er sieht die Gefahr möglicher Supervarianten. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff eröffnete die Debatte bereits im März. Damsals sagte er, dass eine Impfpflicht „ein Thema für den Ethikrat“ sein könnte, und: „Impfpflicht hatten wir in der DDR. Ich habe es überlebt.“

Dabei ist eine „Zwangsimpfung“ gegen Covid-19 absehbar unnötig, denn: Über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ist vollständig geimpft, zwei Drittel - mehr als 51 Millionen Menschen in Deutschland - haben bereits den ersten Pils erhalten. Am Mittwoch wurden mehr als eine halbe Million Dosen republikweit verimpft. Es ist also nicht so, dass nichts passiert in Impfzentren, Impfbussen oder privatärztlichen Praxen. Es passiert jetzt eben nur langsamer - auch, weil schon so viele geimpft wurden.

Seit Beginn der Impfkampagne führt das Robert-Koch-Institut (RKI) regelmäßig ein Impfquoten-Monitoring, kurz COVIMO, durch. Erforscht Impfverhalten und auch -akzeptanz innerhalb der erwachsenen Bevölkerung. Im aktuellen Bericht wollen sich immerhin noch 67 Prozent der Ungeimpften „auf jeden Fall“ oder „eher“ impfen. Hochgerechnet auf bereits Immunisierte kommt man so auf eine Quote von 88 Prozent geimpfter und impfbereiter Menschen. Für 12- bis 59-Jährige verlangt das RKI eine Zielquote von 85 Prozent, für Ältere 90 Prozent, damit der Herdeneffekt gut greifen kann. Werden also alle Impfwilligen erreicht, erübrigt sich die Einführung - und damit Diskussion - einer Impfpflicht.

„Das Potenzial an Impfwilligen ist noch längst nicht ausgeschöpft“, bestätigt auch Andreas Lob-Hüdenpohl vom Deutschen Ethikrat im Gespräch mit der Berliner Zeitung am Wochenende. „Nach meinem Dafürhalten müsste erst dieses Potenzial deutlich besser ausgeschöpft werden, ehe man überhaupt zu einer gesetzlichen Impfpflicht kommen kann. Die darf wirklich nur letztes Mittel sein, Ultima Ratio.“

Der letzte Ausweg also? Aus dem Bundeskanzleramt vernehmen Ungeimpfte andere Töne. Kanzleramtschef Helge Braun erklärte in der Bild am Sonntag, dass auch er gegen Impfwang sei, Ungeimpfte aber

zukünftig mit weniger Freiheiten rechnen sollten. Das bisher gültige Prinzip „getestet, genesen, geimpft“ als Eintrittskarte für Kino, Restaurant und Co. müsste nach Brauns Vorstellungen auf „genesen, geimpft“ verkürzt werden. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach schlägt in eine ähnliche Kerbe. Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock stimmt ebenfalls in den Kanon ein. Nachdem allen ein Impfangebot unterbreitet wurde müsse man „dann im nächsten Schritt [...] darüber sprechen, dass in manchen Bereichen eben Leute, die geimpft sind, Dinge tun können und andere nicht“.

Ihr Unionskonkurrent Armin Laschet bleibt, ganz nach Merkel'schem Politikvorbild, unkonkret. Er „halte nichts von Impfpflicht und halte auch nichts davon, auf Menschen indirekt Druck zu machen, dass sie sich impfen lassen sollen“, sagte er bei seinem ZDF-Sommerinterview. Auch am 3G-Prinzip - genesen, geimpft, getestet - wolle er nicht rütteln. Gleichzeitig hält er sich Möglichkeiten offen: „Wenn wir dann im Herbst sehen, die Impfquote ist immer noch viel zu niedrig, finde ich, muss man dann weiter nachdenken. Aber nicht jetzt.“

Kein Politiker, keine Politikerin will zugeben, dass das Gerede von einer mögli-

chen Impfpflicht, nichts anderes als eine leere Drohung ist. Rechtlich ist sie nicht durchsetzbar. Das Infektionsschutzgesetz regelt das klar in Paragraph 20. Zwar könne das Bundesgesundheitsministerium gemeinsam mit dem Bundesrat eine verpflichtende Impfung beschließen, aber eben nur für „bedrohte Teile der Bevölkerung“. Eine Pflichtimpfung für alle Menschen in Deutschland ist somit ausgeschlossen, wie auch die Berliner Anwältin für Medizinrecht Britta Konradt im Gespräch bestätigt: „Der Gesetzgeber hätte hier die Möglichkeit, Lehrer, Altenpfleger, Ärzte zur Impfung zu verpflichten. Hiervon hat er bisher keinen Gebrauch gemacht.“

Für eben diese berufsbezogene Impfpflicht plädierte erst vor wenigen Tagen der Humangenetiker Wolfram Henn, Mitglied im Deutschen Ethikrat, in den Tagesthemen. Die Masernimpfung für Schulkinder, Kitapersonal und Lehrkräfte ist eine berufsbezogene Impfung, seit März 2020 - mit Beginn der Coronapandemie in Deutschland - ist sie verpflichtend, auch, wenn das Bundesverfassungsgericht noch nicht endgültig über die Rechtmäßigkeit entschieden hat.

Für Lob-Hüdenpohl, den Berliner Ethiker, gibt es bei der verpflichtenden Masernimpfung aber entscheidende Unterschiede zur aktuellen Debatte. „Eine komplette Durchimpfung der Bevölkerung gegen SARS-CoV-2 ist im Unterschied zu den Masern nicht erforderlich. Derzeit wird von etwa 80 Prozent gesprochen, um eine Herdenimmunität gegen Covid-19 zu erreichen, bei Masern brauchen wir eine Durchimpfungsrate von circa 95 Prozent der Bevölkerung.“

Es fehlt also an der Verhältnismäßigkeit, um verpflichtende Impfungen - immerhin ein schwerer Grundrechtseingriff - zu rechtfertigen. Die Corona-Pandemie lässt sich, auch mit Impfunwilligen, noch ohne Zwang besiegen - solange potenzielle Supervarianten keine höheren Impfquoten erfordern. Der Berliner fordert mehr niedrigschwellige Impfangebote; Menschen in prekären Lebenssituationen müssen besser erreicht werden.

Gleichzeitig sieht auch Lob-Hüdenpohl noch ein empirisches Restrisiko bei der Coronaimpfung, die - käme es zu einer Impfpflicht für einige Gruppen - vor Gericht nicht standhielte. „Alles spricht zwar dafür, dass die Impfung harmlos ist“, sagt er, „wir glauben das mit einer sehr, sehr großen Sicherheit, aber wir wissen es noch nicht. Dafür läuft die Impfkampagne zu kurz.“ Bei der Einführung der verpflichtenden Masernimpfung für besonders bedrohte Gruppen habe man stattdessen auf jahrzehntelange Erkenntnisse bauen können und wusste man besser, „ob es Spätfolgen gibt, wie hoch die sind, wann und ob und in welcher Höhe sie eintreten“. Bei einer Impfpflicht müsse aber möglicherweise auch das Bundesverfassungsgericht mit „hinreichender Sicherheit“ mögliche dauerhafte Risiken ausschließen können. Bei den jungen Impfstoffen gegen Covid-19 fehlen dafür einfach die empirischen Daten.

Dass es zu einer republikweiten Einführung einer Corona-Pflichtimpfung kommt, kann ausgeschlossen werden. Dennoch benutzt die Politik sie als Drohkulis, um Menschen zur freiwilligen Impfung zu bewegen. Das könnte aber den gegenteiligen Effekt haben. Eine Verhärtung unter den Zweifelnden und eine Nachlässigkeit unter Ungeimpften, die auf die Pflicht warten.



Raus in die Geschichte

Entdecken Sie historische Ausflugsziele in und um Berlin



Jetzt bestellen

aboshop.berliner-zeitung.de • 030 2327-77